

Simone Hain

Der Berliner Städtebaudiskurs als symbolisches Handeln und Ausdruck hegemonialer Interessen.

Vortrag vor dem Architektursalon Kassel am 18.03.2005

Die gegenwärtige Stadtbaukunst baut auf der Wahrnehmung von weißen, mittelständischen Architektur- und Planungsprofis auf, die sich angesichts des globalen Umschichtungsprozesses des Kapitals in einer entpolitisierten Form Sorgen um die Wettbewerbschancen der Stadt machen und kurzfristig damit beschäftigt sind, die Vermarktbarkeit der Stadt dadurch zu erhöhen, daß sie ihre Bildkraft, Lebensqualität und ihr kulturelles Vermögen steigern. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist Architektur vor allem Gebrauchsgegenstand und zugleich Gestalt von Öffentlichkeit gewesen, doch nun sind unter dem Triumph der Konsumkultur die Skylines und repräsentativ verpackten städtischen Räume der Architekten zu wirkungsvollen Mitteln geworden, das Prestige und die Begehrlichkeit eines Ortes zu heben. ¹

M. Christine Boyer

Berlin, eine verspätete Solopartie im Konzert der Weltstädte

Bis zum Fall der Mauer war Berlin gewissermaßen unter Quarantäne. Nach vollkommener Zerstörung, kontradiktorischem Neuaufbau in beiden Stadthälften und anhaltender wirtschaftlicher Marginalisierung war es vierzig Jahre lang in seiner Sonderrolle als Frontstadt des Kalten Krieges gefangen gewesen. Dann kam als freudiger Schock der 9. November 1989. Noch bevor ein gemeinsames Planungsrecht in beiden Stadthälften entstehen konnte, gingen riesige städtische Ländereien für zum Teil skandalös niedrige Preise über den Tisch. Immobilienmakler pumpen sich schon vor dem 3. Oktober 1990 mit Liegenschaften in und außerhalb der Stadtgrenzen voll. Restitutionsansprüche in der Innenstadt wurden zusammengekauft, vagabundierendes Kapital machte in Immobilien fest. Noch fehlte jede Vorstellung, welche Rendite man erwarten könne, das heißt wie hoch sich die Bauwerke würdigen türmen lassen. Das war die Stunde der futuristischen Wachstumsszenarien: Ost-West-Drehscheibe, Wissenschaftsmetropole, Olympiade, dann schließlich der Hauptstadtbeschluß - alles wurde exponentiell auf die realen Defizite an Hotel-, Gewerbe- und Wohnbauflächen draufgesattelt. Die spekulativ kalkulierten numerischen Zuwächse erzeugten einen Druck², unter dem das in West und Ost breit präferierte Leitbild "Behutsamkeit und Stadtreperatur" umgehend zusammenbrach. Darauf aufbauende Flächennutzungs-

¹M. Christine Boyer, *The City of Collective Memory. Its historical Imagery and Architectural Entertainments*, Cambridge, London 1994, S. 4f nach Übersetzung der Autorin.

²Vgl. den als Sonderdruck der "Bauwelt" herausgegebenen Zwischenbericht "Berlin 1991" vor allem unter der Rubrik "Die Herren mit der weißen Weste am Förderband Berlin Mitte 'bitten um beschleunigte Genehmigung'. 66 Projekte für die Hauptstadt." (Bauwelt 39, 18.10.1991).

pläne waren nur noch Makulatur. Die Rot-Grüne Regierung agierte "quer zur ökonomischen Entwicklung" (Stimmann) und wurde alsbald als anachronistisches "Bündnis von Bürokratie und Biotop" (Kollhoff) verspottet. Ihre im Laufe der achtziger Jahre kultivierte Zurückhaltung gegenüber städtebaulichen Großoffensiven äußerte sich in dem Bemühen, den Kapitalstrom zunächst auf die Mauerbrachen und in den sozialen Wohnungsbau zu lenken sowie weiterhin Grün- und Freiräume zu sichern. Diese umgehend als "Posemuckel-Attitüde" attackierte Reserviertheit kostete Rot-Grün die Macht. Die folgende Große Koalition gab alle sozialen und ökologischen Schutzrhetoriken auf. Ausdrücklich war davon die Rede, daß die "global players" in der Stadt, "mit der sie etwas machen wollen", herzlich willkommen seien. *"Haben wir darauf nicht vierzig Jahre gehofft? ... Wir dürfen den Tiger nicht zähmen, wir müssen ihn reiten. Wir wollen die Kräfte nicht bändigen, wir wollen sie ausschöpfen".*³

Trotz der historischen, politischen und planerischen Ausnahmesituation stellte sich schon früh heraus, daß Berlin in einer über Jahrzehnte austarierten Standortkonkurrenz allein der deutschen Städte kaum einen Blumentopf gewinnen könne. Die Banken blieben zunächst weiter in Frankfurt, die Messestädte hielten kräftig dagegen und auch die großen Konzerne sprangen schon bald über Berlin hinaus nach Warschau, Moskau oder Shanghai weiter, wo man ihnen bessere Entfaltungsmöglichkeiten einräumte als hier. Die Stadt brauchte dringend ein marktkonformes "Image". Es würde einer immensen Willensanstrengung und Phantasieleistung bedürfen, sie von Null an zu einem Mitspieler "im Konzert der Weltstädte"⁴ zu machen. Mitten im Klondike-Fieber schlug so die Stunde der internationalen Spezialisten für die weichen Standortfaktoren, der Architekten. Wo es inmitten neuer Unübersichtlichkeit notwendig an methodisch aufgeklärten Plänen und gesellschaftlich erarbeiteten Leitbildern mangelte, waren in der großen Identitätskrise der Stadt vor allem Bilder und eine überzeugende Produktidee gefragt, die man vornehm "Stadtphilosophie" nannte. Drei, vier kluge Leute - auf keinen Fall mehr - wurden aus aller Welt zu einstündigen Vorträgen zum Thema "Stadtidee" eingeflogen, alle sagten "Toleranz", "Heterogenität" und "Selbstreflexion" und fertig war das Geschenkpapier. Der Inhalt und damit die Arbeit am physischen Stoff der Stadt wurde allein den Architekturprofis überlassen. Man muß es vorab sagen, Berlin hatte kein eignes geistiges Potential, die über die Doppelstadt plötzlich hereingebrochene Zumutung intellektuell kleinzuarbeiten. Die Universität, Forschungsinstitute und Akademien wurden buchstäblich an den Rand gedrängt. So wie sie die Sprache der Wissenschaft als "Soziologenjargon" (Klaus Hartung) der Lächerlichkeit preisgaben, kündigten die neuen Meinungsführer kurzerhand ganze Wissenschaftsdisziplinen wie die Stadtplanung institutionell zugunsten der Stadtbaukunst auf.⁵ Eklatant unaufgeklärt, ohne eine wirkliche gesellschaftswissen-

³Der CDU-Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer, am 4. Oktober 1991 in einer Rede vor dem von ihm als Beratungs- und Legitimationsgremium gegründeten "Stadtforum".

⁴Der gegenwärtige SPD-Stadtentwicklungssenator sieht "Reurbanisierung und Revitalisierung der Innenstadt" Peter Strieder in einem Interview mit der "tageszeitung" als geeignete Strategien an, damit "Berlin den Weg zurück ins Konzert der Weltstädte finden kann." TAZ,

⁵Zu den Begleiterscheinung des antiaufklärerischen Diskurses gehört mittlerweile die Schließung der Universitätsstudiengänge für Stadtplanung in Hamburg, Oldenburg und - noch schwebend - in Berlin. Die Abdankung der klassischen systemtheoretischen Sozialwissenschaften zugunsten eines mal existentialistisch-spontanen, mal ontologischen Kulturalismus wird

schaftliche Analyse nachzufragen, trat eine unerfahrene politische Elite unvermittelt in die Aufgabe ein, den Raum künftiger Gesellschaftlichkeit zu gestalten.⁶

So hat Berlin, wo es sich keinen Begriff machen wollte, vor allem architektonische Bilder bestellt. Seit sieben Jahren läuft angebotsseitig ein Festival der großen und immer größeren Entwürfe, Spektakels und "Schaustellen" und hat seine regelmäßigen Gäste. Wenn sich die Stadt schlagartig lebhaftester internationaler Aufmerksamkeit erfreuen konnte, so eben auch wegen der Neugier der alten Hasen wie der Konkurrenten im Geschäft, ob, wie und mit welchen Konstruktionen die ehemalige "Grenzstadt am Rande der Mongolei" (Gottfried Benn) ins globale Geschäft zurückkehren würde. Schon 1991 wimmelte es in der Stadt von japanischen und amerikanischen Fernsehteams, alle wichtigen internationalen Designzeitschriften gaben mehrfach spezielle Berlin-Nummern heraus, die hiesigen urbanistischen Vorhaben waren Gegenstand mehrtägiger Konferenzen in Paris, Cambridge und Mailand. Vordergründig schien Berlins Zukunft über fünf Jahre hinweg ausschließlich ein Designproblem zu sein. Das Politische nahm die Gestalt ästhetischer Programme an. Auch gab es kaum jemanden, der sich nicht leidenschaftlich zur "europäischen Stadt" als besonderer urbaner Form bekannt hätte. Gerade diese ebenbildliche Gleichsetzung von Stadtgestalt (Parzelle, Fluchtlinie, Straße, Platz und Bürgersteig) und - allein durch sie garantierten - Bürgersinn machten auf atemberaubende Weise bewußt, zu welcher narzistischen Verdrängungsleistung man in Berlin sechzig Jahre nach dem heimischen, dem deutschen Zivilisationsbruch offensichtlich wieder in der Lage war. Als wenn man nicht im Glashaus säße, schrieb man alle Gefährdung städtischer Kultur ursächlich dem sowjet-kommunistischen und dem US-amerikanischen Modell zu. Die "amerikanische Stadt" und die besonders gefürchtete "asiatische Leere" schwebten in den Feuilletons, die überdies gelegentlich den "Verlust der Mitte"⁷ beklagten, ständig als Bedrohungen über Berlin.

Unter dem Druck wirtschaftlicher Standortkonkurrenz wurden die notwendigen politischen Grundsatzdebatten über eine wie auch immer zu definierende "Normalität der Berliner Republik"⁸ rasch marginalisiert und die komplizierten Selbstverständigungsprozesse durch symboli-

besonders von Hans Stimmann, Karl Schlögel, Dieter Hoffmann-Axthelm, Fritz Neumeyer gefordert.

⁶Das hat sich trotz der die Praxis des "action planning" begleitenden Theoreme wie "Kooperative Planung" auch in den seither vergangenen sieben Jahren wenig geändert. Soweit sie sich von den "Zuwendungsgebern" nicht weitgehend operationalisieren ließ, ist die Wissenschaft randständig geblieben. Ihre durchaus prekäre Nischenlage wohlreflektierend, reagiert die unabhängige "scientific community" mit bislang wenig beachteten Einsprüchen wider die politische Tagesordnung und gegen einen neuen "Kulturfundamentalismus". Vgl. Wolfgang Engler, Bernd Guggenberg [Hrsg.], Einsprüche. Kritik der politischen Tagesordnung. Berlin 1996; Wolfgang Kaschuba [Hrsg.], Kulturen - Identitäten - Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie. Berlin 1995.

⁷Eine besondere Vermittlerrolle zwischen dem geopolitischem Diskurs v.a. der "Neuen Rechten" und der Debatte um die künftige Bedeutung Berlins als Brücke zu Osteuropa spielt Karl Schlögel. Vgl. ders., Deutschland: Land der Mitte, Land ohne Mitte. In: Rainer Zitelmann, Karlheinz Weissmann, Michael Grossheim [Hrsg.], Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/M., Berlin 1993.

⁸Insbesondere Jürgen Habermas avancierte zum rheinländischen Oberbedenkenträger, dem die Berliner Politik zu keinem Zeitpunkt ein Podium offerierte.

sche Politikformen - wie etwa die Reichstagverhüllung von Christo, aber auch ebenso sinnlose wie unüberschaubare Architekturwettbewerbe und Podiendiskussionen - medienwirksam überlagert. In der Situation des allgemeinen Bilderhungers wog die ästhetische Kompetenz der Architekten als deren symbolisches Kapital schnell das ökonomische und politische Kapital der anderen Akteure der Stadtentwicklung auf. Ja, man konnte zusehen, wie ein bestimmtes Kartell von Gestaltungsprofis nach einer kurzzeitig offenen Orientierungsphase ab 1991 den ratlosen Verwaltungen wie den bauwilligen Investoren das Zepter entwand. Fast in Personalunion zeichneten diese Architekten den Wirtschaftsmagnaten bereits in Machbarkeitsstudien und Bauvoranfragen genehmigungsfähige Prototypen auf und nickten diese gleichzeitig als theoretische Berater, Juryvorsitzende, Gutachter im Namen der öffentlichen Hand als verbindliche Wegweisungen ab. Berlins "coming out" lag in der Macht einiger weniger ortsansässiger Architekten, die den Metropolentraum der Jüngeren mit dem preußischen Idealismus einer älteren Generation folgenreich verquickten.⁹

Konstruktion Nr. 1: Das Manhattan-Projekt in preußisch Aspik

Während Berlins Rot-Grüne Regierung noch heftig bemüht war, den plötzlichen Investitionsdruck zu verkraften, griffen im Oktober 1990 einige am kommenden Baugeschäft interessierte Profis werbewirksam in die Tasten. "Berlin morgen. Ideen für das Herz einer Großstadt" hieß eine Ausstellung am Deutschen Architektur Museum in Frankfurt am Main, die einen Kreis renommierter Architekten als "pressure group" versammelte- und die angeblich verschlafene Stadtplanung Berlins blamierte. Sie entwarfen in Bildern eine Stadt der Superlative: die Ost-West-Handelsmetropole, das Dienstleistungszentrum des vereinten Groß-Europa, die innovative Spitze der ersten Welt, eine neue Gründerstadt des kommunikationstechnischen Zeitalters. Die unter Freunden kostenlos produzierte Ausstellung bot gewissermaßen einem Katalog möglicher Formen, in denen sich Berlins unaufhaltsamer Aufstieg unter die mächtigen Stützpunkte der Weltwirtschaft vollziehen könnte. Gewaltige Skylines, flippige Dekonstruktionen, großfigurige städtebauliche Monumente, wahlweise malerische oder rationale Rasterfassaden, rasende Beschleunigungsszenarien, populistische Motive und High-tech-Modernismen ließen die Temperatur im Kessel weiter ansteigen. Der improvisierten Frankfurter Ausstellung folgte bald eine in Berlin selbst konzipierte Schau unter dem Titel "Berlin heute", in der sich die Hochhausszenarien projektbezogen konkretisierten. Heute ist jedem Beobachter klar, welche aphrodisierende Wirkung die Bilder der Architekten auf Wirtschaft, Politik und öffentliche Meinung hatten. Die Preiserwartungen bei Treuhandliegenschaftsverwaltung und Zwischenerwerbern waren nun durch nichts mehr zu dämpfen. Der Staat spekulierte mit Immobiliengesellschaften brav um die Wette. Die heute trotz eingetretener Rezession immer noch exorbitanten Bodenpreise der Innenstadt (um mindestens 7 000 DM/m²) wurden durch die gezeichneten Architekturvisionen eines festen Kartells kommender Gewinner im Entwurfsgeschäft emporgetrieben. Virtuelle Bilder steigerten die

⁹Sehr ausführlich wurde diese problematische Hegemonie erstmals in der Zeitschrift ARCH +, 122, Juni 1994 analysiert (Themenheft Von Berlin nach Neuteutonia). Vgl. v.a Werner Sewing, Berlinische Architektur, S. 60 ff. Der Autor nennt die Architekten Josef Paul Kleihues, Oswald Mathias Ungers, Jürgen Sawade, Edward Jahn, Hans Kollhoff, Christoph Langhof, Walter Noebel, Klaus Theo Brenner, Bernd Faskel und den Theoretiker Fritz Neumeyer. Später schlossen sich Bernd Albers, Roger Diener und schließlich Dieter Hoffmann-Axthelm an.

Renditeerwartungen und - schädigten in der Fixiertheit auf Großakteure nachhaltig die Marktchancen lokaler Bauherren.

Niemand unter den an der Macht beteiligten Beamten und Akteuren hat sich dem Sog zu entziehen vermocht. Berauscht und überdies in überschwänglichem Sendungsbewußtsein schwamm alles auf der allgemeinen Welle der Wachstumseuphorie mit, die sich vor allem als "nachholende Modernisierung des Ostens" zum Leitbild verfestigte: *"Bezogen auf die westdeutsche Entwicklung gibt es einen Nachholbedarf von vielleicht 25 Jahren ... Es fehlen ... Einkaufszentren. Kein Mensch kauft mehr in Einkaufseinrichtungen, die weniger als 500 Quadratmeter Fläche haben. Wir alle kaufen in Supermärkten oder entsprechenden Einrichtungen ein. ... Es gibt den Normalbesatz an Infrastruktur für unser wichtigstes Verkehrsmittel, das Auto nicht. ... Wie hoch ist der Nachholbedarf an Bruttogeschäftsflächen für den Dienstleistungssektor, wenn das Niveau von Hamburg, also nicht das höhere Niveau von Frankfurt erreicht werden soll? Dann werden Zahlen von 10 und 15 Millionen Quadratmeter Bruttogeschäftsfläche für Büros genannt, also eine Größenordnung, die man sich kaum vorstellen oder begreifen kann. Um Maßstäbe zu finden, beziehe ich mich gern auf Otto Steidles Gruner & Jahr Zentrum in Hamburg. Das sind 100 000 Quadratmeter Bruttogeschäftsfläche. Jeder kann sich vorstellen, was es bedeutete, wenn man diesen riesigen Komplex nun gar in 60- bis 150facher Größe bauen muß. Ganze Städte von Bürocentern sind in Berlin ... erforderlich. Das sind Bauaufgaben von historischer Dimension. Die infrastrukturelle Ausstattung der Länder (im Ostblock -d.A.) ist, gemessen an unserem Standard, so, daß ein Nachholbedarf, wenn er ermittelt wird, zu Ergebnissen führt, die man in Investitionsgrößen in Geld ausgedrückt nicht veröffentlichen kann."* Als wenn man mit sich selber auf Jahrzehnte hinaus nicht mit sich selbst genug zu tun hätte, träumten Beamte in Berlin von einer exemplarischen Baukultur, die man als Vorbild würde weit hinein nach Osteuropa tragen müssen. Nach alter Vorstellung sah sich der damalige Senatsbaudirektor als Kulturträger für die anstehende Revitalisierung der östlich vom Alexanderplatz gelegenen "notleidenden Länder" bis hinter den Ural: *"Der Berufsstand der Architekten existiert in der DDR und in den Ostblockländern nur noch in kaum wahrnehmbaren Resten. Mit der ganzen bürgerlichen Klasse ist auch das abhanden gekommen, was Herr Peichl vom Bauherren erwartet. Das Verständnis, ein Bauherr zu sein, setzt ja voraus, daß sich jemand kulturell überhaupt artikulieren kann, sich über Farben, Formen, Raumgrößen, über Beleuchtung, Ausstattung, Möbel und vieles andere differenzierend Gedanken macht... Das heißt, die ganze Bourgeoisie, die bürgerliche Klasse ... ist in diesen Ländern ausgestorben. Das Bildungsbürgertum mit seinen entwickelten Vorstellungen von Esskultur, Bekleidung, des Konsums etc. ist eben weg... [So] ist ein baukultureller Kahlschlag entstanden, der erst einmal wieder aufgeforstet werden muß."*¹⁰

Dieser klassentheoretische Aufforstungsgedanke sollte in der zweiten Phase der Berliner Stadtentwicklung unter dem neuen Leitbild nun der "nachhaltigen" statt der nachholenden Modernisierung wieder auftauchen. Zu dem Zeitpunkt, etwa ab 1996, war allerdings der kontextuelle Zusammenhang der Stimmanschen Denkfigur mit den sozialdarwinistischen Thesen des Historikers Arnulf Baring vom biologischen Aussterben der untüchtigen "deutschsprachigen Polen" im

¹⁰Alle Zitate Hans Stimmann in : Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen [Hrsg.], Pro Bauakademie. Argumente für eine Neugründung. Dokumentation der Diskussion auf der Constructa '92 am 8. Februar 1992 in Hannover, S. 27 ff.

Ostteil der Republik¹¹ schon wieder in Vergessenheit geraten. Baring blieb als Stichwortgeber für die ehemaligen radikalen Berliner Linken¹², die ab 1990 Definitionsmacht erlangt hatten, ebenso im Hintergrund wie die Männer, die sein Verleger Wolf Jobst Siedler programmatisch zu einem elitären, alteuropäischen Diskurs versammelte, der um die Kompensation des erschütterten "Prinzips Hoffnung", den "Verlust der Mitte" und die intellektuelle Bewältigung des weltanschaulichen Vakuums im europäischen Osten - das heißt implizit um präventive Wahrnehmung deutscher Interessen - kreiste.¹³ Die im Zirkel um Siedler demonstrierte joviale großbürgerliche Souveränität repräsentierte die Welt des 19. Jahrhunderts als moralische Grundkonstante und beeindruckte durch den hier avanciert vorgetragenen nationalen Kulturfundamentalismus die neuen Parvenüs sichtlich. Bei den Aufsteigern galt es schon bald als Nobilitierung, in Wolf Jobst Siedlers Salon geladen zu werden. Hatte der Koautor des Buches „Die gemordete Stadt“¹⁴ 1964 einen langwierigen Prozess der kulturellen Rehabilitierung des steinernen Berlin eröffnet, so trat nun eine jüngere Generation zu dem entscheidenden Qualitätssprung, nämlich der Nacherbildung jener urbanen Leiche an.

Ebenso unterbelichtet wie diese Diskussionszirkel blieb auch die problematische Wende, die sich Ende 1991 in der breiten Berliner Abwehrallianz gegen das von Richard Rogers unterbreitete Investorenmodell des Potsdamer Platzes vollzogen hatte. Das politisch ebenso verfehlte wie herausfordernde Megaprojekt wurde allgemein als Nagelprobe für die Zukunft von Stadt und Gemeinwesen betrachtet. *"Es geht hier um den Typus von Stadt, der in Zukunft gebraucht wird. Die ruhigen Jahre, in denen die Städte vor sich hinwachsen konnten sind vorbei, der Horizont verdüstert sich weltweit. Was jetzt für den Potsdamer Platz zur Auswahl steht, betrifft alle reichen Industriestädte."*¹⁵ Gegen den Siegerentwurf des öffentlichen Wettbewerbes hatte der britische Architekt im Auftrag der Bauherren im wesentlichen auf privatkapitalistischer Freiheit und wirtschaftlicher Vernunft, empiristischen Grundüberzeugungen und zeitlicher Flexibilität basierende Vorstellungen dafür unterbreitet, wie man die gewaltigen Baumassen in eine von ihrem Inhalt sprechende Form bringen und zugleich urban verorten könne. Dahinter verbarg sich die massive Kritik von Daimler Benz, Sony, ABB, Hertie und "Haus Vaterland" als angehenden Investoren

¹¹ Vgl. Arnulf Baring, Deutschland was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991.

¹² Spätestens die deutsche Vereinigung hatte nach langem Marsch durch die Institutionen zahlreiche ehemalige Maoisten und K-Gruppen-Anhänger schließlich an die Macht gebracht, die sie immer erringen wollten: v.a. Hans Stimmann, Karl Schlögel, aber auch Dieter Hoffmann-Axthelm, den vormals links orientierten Theologen.

¹³ Neben Karl Schlögel, Joachim Fest, Wolfgang Schäuble, Hans-Peter Schwarz, Marion Gräfin Dönhoff tragen auch ostdeutsche intellektuelle Männer zu einem weitgehend national-wertkonservativen, mitunter aktivistischen Diskurs bei, der sich vor allem durch seine dezidiert antistrukturalistische, weitgehend theoriefreie und unkritische Sprache auszeichnet. Hier wird nicht zitiert, argumentiert, verglichen und erörtert, sondern in frei schwebender quasiliterarischer Rede vor allem Pathos verbreitet.

¹⁴ Wolf Jobst Siedler, Elisabeth Niggemeyer, Gina Angress: Die gemordete Stadt. Ein Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum. Berlin 1964

¹⁵ Dieter Hoffmann-Axthelm, Die Kapitulation vor der realen Stadt. Ein Menetekel der Moderne: Das Scheitern der Entwürfe für den Potsdamer Platz in Berlin. Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.11.1991, Nr. 254, S. 35f

an den stringenten Ordnungsvorgaben der lokalen Akteure. Vor allem erschienen ihnen die Baumassen im alten Straßennetz zu sehr zusammengedrängt. Es sei zu befürchten, dass dieses unglückliche Bild später durch eine Reduzierung der Nutzung verbessert werden würde: *“Die Schaffung eines urbanen Platzes ist durch die zu enge und undefinierte Ansammlung unterschiedlich hoher Gebäude in Frage gestellt. Die strengen Form- und Höhenangaben erlauben nicht die Schaffung individueller und unverwechselbarer Identität für die einzelnen Unternehmer. ... Aus dieser Betrachtung ergibt sich die Forderung nach zeitlicher Flexibilität. Bebauungspläne, Straßenanordnung und Blockstruktur dürfen nicht als unveränderbare Determination für Bauverfahren und Architektenwettbewerb betrachtet werden, sondern müssen diskutierbar und veränderbar sein.”*¹⁶ Rogers planungsmethodische Forderung nach einem "flexiblen Rahmenwerk" war keineswegs allein - wie umgehend in der linken Kritik skandiert - ein Ausdruck von rein ausnutzungsorientierter Investorenwillkür und ein Anschlag auf die Selbstbestimmung der Stadt, sondern eher die ("westliche") Praxis der Denk- und Verfahrensökonomie, des fairen Aushandelns und Kooperierens zum gegenseitigen Vorteil zwischen souveränen wirtschaftlicher Individuen. Überdies folgte Rogers Entwurf einem funktionalistischen Prinzip, das in Berlin im Rückbezug auf den preußischen "Idealismus" in besonderen Verruf gebracht worden war.

Auf das Stichwort der Investoren hin, kam es in der Stadt zum finalen Schultertschluß gegen das "fremde", englische Prinzip der Empirie und des freien Spiels der Kräfte. Wohl hatten bei der Präsentation die meisten Anwesenden ob des Roger-Projektes angenehm überrascht "oh und ah" gesagt - allein was wahr war, durfte nicht recht sein: Das Projekt der Investoren galt als Überumpelung des Gemeinwohls durch das Kapital. Die öffentliche wie die Fachmeinung reagierte auf das intelligente und integre Projekt von Rogers, das auch ökologische Forderungen nach einer von Bürgerinitiativen verfochtenen Grüntangente respektierte, prompt mit Restriktion und Xenophobie. Die ortsansässigen Kollegen verstiegen sich dazu, ein "Stadtverbot" (Jürgen Sawade) für den "Michelangelo von London" (Dieter Hoffmann-Axthelm) zu fordern. Rogers, der mit der habituellen Sensibilität eines Chirurgen immer auf den konkreten urbanen Einzelfall hin argumentierte und diesen von anderen Situationen sorgfältig unterschied, sah sich einer Allianz abstrakt strukturell argumentierender vorgehender Universalisten¹⁷ gegenüber, die außerdem noch kartellartig ihre Marktanteile verteidigten. *“Wir waren im Gästehaus des Berliner Senats. Alle waren da. Es war eine der schrecklichsten Erfahrungen meines Lebens! ... Wir sind kaum dazu gekommen, unseren Entwurf darzustellen. Man mag mich für einen schlechten Architekten halten; aber es waren zwanzig deutsche Architekten da: Wir haben nicht eine einzige Stimme bekommen. Sie verhielten sich wie eine richtige Gewerkschaft. Ein Club. Eine Art Schultertschluß aus politischen Gründen - das hat mir wirklich Angst gemacht.”*¹⁸

¹⁶Werner Breitschwerdt, ehem. Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Daimler Benz AG, Das Beste für Berlin, in: Bauwelt 41, 1. November 1991 (Potsdamer Platz), S. 2230.

¹⁷Vgl. Kaye Geipel, Der Trend zum Universalismus. Zur Abstraktion des Blocks am Potsdamer und am Alexanderplatz. In: Arch + 122 (Von Berlin nach Neuteutonia), Juni 1994, S. 39.

¹⁸Das Tor zum Osten. Richard Rogers im Gespräch mit Nikolaus Kuhnert. In: Lettre International, Frühjahr 1993, S.77.

Werner Sewing hat sehr richtig bemerkt, daß von dieser Abwehrfront aus zugleich die Weichen für Leitlinien und quasi körperschaftliche Allianzen der Berliner Planungskultur und Baupolitik der Folgejahre gestellt wurden. Mit wachsender zeitlicher Distanz wird darüber hinaus deutlich, daß es sich dabei um eine konservative Wende hin zu einem Prinzip von "Ortung und Ordnung" handelte, das soziale Qualitäten gewissermaßen physikalisierte. Kultur, Bürgerschaftlichkeit und zivilgesellschaftliches Verhalten wurden überzeitlich an ausgewählte räumlich-architektonische Merkmale eines bestimmten Territoriums gebunden, das je nach ästhetischer Gestalt kulturbildend wirke oder eben im Gegenteil zerstörend¹⁹. Stein war selbst Geschichte, Glas dagegen konnte nicht sichtbar altern und war daher nicht in der Lage, Permanenz - nicht etwa nur nicht auszudrücken, sondern - zu sein. Die normative Beschwörung einer auf Tugenden wie Idealismus, Ordnung und Affektbeherrschung basierenden "Berlinischen Architektur" als verbindlicher Semantik erscheint somit wie eine architekturtheoretische Entsprechung des deutschen "Sonderweges". Man sei, so wurde die "Erfindung einer Tradition" (Eric Hobsbawm) begründet, an diesem Ort gewissermaßen aus einer existentiellen Kontinuität der Geschichte heraus zu einem festgelegten gestalterischen Verhalten gezwungen. Die Identität Berlins wurde überzeitlich an die preußische Erfahrung gebunden.²⁰

Bereits im stadium nascendi war die neue Architekturdoktrin als Semantik radikal entdifferenziert und exklusiv. Doch noch bezog sich der unifizierte Kode des "Berlinischen" nur auf einzelne Bauvorhaben. Bis zu vollregionalisierten identitätssystematischen Gleichschaltung von Territorium und Gesellschaft, Ästhetik und Lebenspraxis, Städtebau und Gesellschaftstheorie in Gestalt eines "Masterplanes" für das "Machtzentrum des stärksten Staates in Europa" (Der Spiegel) mußten noch weitere fünf Jahre ins Land gehen.

Um "den Tiger zu reiten" hatte sich der CDU-Minister Volker Hassemer zur Legitimitätsbeschaffung, ein Gremium geschaffen, das die forcierten Entwicklungen zumindest breit erörterte und Empfehlungen für die Politik gab. In seiner Amtszeit war das "Stadtforum" ein Kollegium, das unter Bedingungen einer gewollten Deregulierung immerhin kooperative Planspiele zelebrierte und eine interessierte Fachöffentlichkeit auf dem Laufenden hielt. Hans Stimmann dagegen, dem es eigentlich am liebsten gewesen wäre, "es hätte einen politischen Beschluß gegeben, daß nicht ein einziges Gebäude der Innenstadt abgerissen werden dürfe", fühlte sich als Staatssekretär in der SPD geführten Bauverwaltung ganz allein mächtig genug, wenigstens ab und an die Notbremse zu ziehen. Während Hassemer seinen sich widersprechenden Beratern immerhin aufmerksam zuhörte, hatten Stimmanns regelmäßige "Architekturgespräche" eher den Charakter von Präsentationen einzelner ausgewählter Architekten. Von dieser einseitig gerichteten Kommunikationspraxis, in der mit klar verteilten Rollen von einem erhöhten Podium herab dem Auditorium Gestaltungskonzepte verkündet wurden, ist er bis heute nicht abgegangen. Immerhin erreichte Stimmann, gestützt auf das in der Abwehr des englischen Empirismus zusammenge-

¹⁹Vgl. die Argumentation von Kay Junge, Staatlichkeit und Territorialität. Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Ordnung und Ortung. In: berliner Debatte INITIAL 4/5, 1995, S.155ff.

²⁰Unter diesen Aspekt der fällt auch Karl Schlögels Argumentation gegen die strukturalistische Politologie und Gesellschaftsgeschichte. Vgl. Ders., „Der heiße Punkt, Geschichte ist nicht abstrakt, Geschichte hat einen Ort: Die Wiederkehr des Raumes ist ein deutsches Sonderproblem. Der Tagesspiegel, 21.7.1995.

wachsene Kartell, das Rogers den "Club" genannt hatte, daß die Neubauten zumindest nicht beliebig in den Himmel wuchsen und die Struktur der Stadt gänzlich zerschlugen. Jedoch wühlten sie sich stattdessen mehrgeschossig in die Erde ein oder verdrängten zartere Nachbarschaft. Bestenfalls wurde durch das berlinische Regelwerk etwas Schaumbremser Marke "genius loci" ins brodelnde Geschehen gegeben, um allzu amerikanisch-asiatischen Wildwuchs zu beschneiden: Traufhöhenregeln, Gestaltungssatzungen und Regelwerke für Fassaden. Alles aperspektivische und uneindeutige Gestalten - und damit die Ästhetik der echten, der aufgeklärten Postmoderne - war ebenso streng verboten wie situationistische und "grüne" Konzeptionen. Stimmann, der sich als "ästhetischer Arm des politischen Senators" verstand, verfügte als Senatsbaudirektor zur Durchsetzung seiner Gestaltungsdoktrin über einen Stab von 60 Mitarbeitern. *"Ich bin ein Anhänger der körperhaften Architektur, des steinernen Berlin ... Meine Architektur muß sich in die Traditionslinie von Gilly, Schinkel, Messel, Mies van der Rohe, Taut bis Kleihues einordnen lassen ... Die erste Bedingung heißt: Bauen im Block ... Wo immer ich Architektur beeinflussen kann, verstehe ich das unter der Überschrift: diszipliniert, preußisch, zurückhaltend in der Farbigkeit, steinern, eher gerade als geschwungen."*²¹ Diese strikte Verordnung einer metaphysisch begründeten "Uniform" mußte gerade in Berlin, das sich gern als Stadt der vielen Orte verstand, in der jeder nach seiner Fasson selig werden könne, übel aufgenommen werden.

In der Folge gab es schon 1992 eine medienwirksam inszenierte Debatte, die als "Berliner Architekturstreit" voraussichtlich in die Baugeschichte eingehen wird. Im Prinzip wiederholte sich das, was 1929 schon einmal als "Berliner Dächerkrieg" und 1951 im Osten als "Formalismusdebatte" oder auch "Realismusstreit" ausgetragen worden war - die Auseinandersetzung um eine ästhetische Strategie, der technisierten Welt zu einem authentischen Ausdruck zu verhelfen und damit auf der Höhe der Zeit zu entwerfen. Ihre Kritiker nannten die das Architekturgeschehen bald dominierenden Vorgaben aus der Bauverwaltung konservativ, reaktionär und die daraus resultierenden Bauformen faschistoid. Nachweisbar sind zumindest weitgehende Komplexitätsreduktion, Ausschließungsprozeduren, Oberflächenfixiertheit und eine aus dem frühen 19. Jahrhundert überlieferte Ästhetik "edler Einfachheit, stiller Größe".

Zu mehr lokalem Widerstand und Berliner Eigensinn war in der "zweiten Berliner Gründerzeit" keine Gelegenheit. Weder kamen die "Freunde des historischen Berlin" mit ihren radikal-restaurativen Vorstellungen aus der Prinzessinnenzeit zum Zuge, noch die behutsamen Stadterneuerer, die unablässig verfassungsrechtliche Debatten (zum Beispiel einen "Stadtvertrag") einforderten, nicht ein einzelner Stadtdenker, der allein auf die Bindungskraft der Parzelle setzte und schon gar nicht einige ebenso sozial wie systemkritisch gepolte Ostberliner, die den universalistischen Gesellschaftsbegriff gegen harmonisierte Gemeinwohlkonstruktionen von gesamtstädtischer Identität zu behaupten suchten. Allein ein Blick auf die Schlagzeilen der überregionalen Zeitungen macht den Bogen von den zunächst himmelhoch jauchzenden über die betrüblichen bis hin zu den zerknirschenden Erfahrungen jener ersten fünf Nachwendejahre deutlich: -*"Die schwierige Aufgabe, Berlin wieder zu lernen."* - *"Vom Vakuum zur Weltstadt"* - *"Keine falsche Bescheidenheit"* - *"Verkehr vier Etagen unter der Erde"* - *"Japaner wollen Büros für 6 500 Arbeitsplätze schaffen"* - *"Von New York lernen"* - *"Ein Stück Paris kommt nach Berlin"* - *"Stimulanz für Sensationen"* - *"Boomtown Berlin"* - *"Zittern, weil die Mieten explodieren"* - *"Briefbombe tötet Senatsbeamten."* - *"Stadtsymphonie mit falschen Akorden"* - *"Neuteutonia"* -

²¹Hans Stimmann in einem Interview im "Baumeister", Heft 7/1993.

"Bevölkerungszahl Berlins stagniert" - "Es ist aus, Berlin!" - "Geisterstadt Berlin" - "Hauptstadt ganz unten".

Das "Manhattan-Projekt", Berlins große Ehrgeiznummer, ist zuletzt in der tiefen Haushaltskrise der Stadt, in horrendem Büroleerstand, ewigen Baustellen und verzögerter Hauptstadtwerdung abgestürzt. 1a-Lagen verwandelten sich wie am Alexanderplatz in 2b-Lagen. Und insbesondere die gesellschaftlich wie wirtschaftlich degradierten "Ossis", so stellte sich in der neuen Friedrichstraße heraus, "wollen nicht so recht flanieren" (TAZ). Ergebnis der großen Spekulation waren überdimensionierte Baulose, Superprojekte aus einem Guß, die an verschiedenen Orten der Stadt nun vollkommen autistisch wie gestrandete Ozeanriesen daliegen. Weil die umgebenden Baufelder eben nicht automatisch "volliefen" trugen diese "Investoreneisschränke" in ihrem Inseldasein zur innerstädtischen Peripherisierung bei.

Vermutlich hat die aufkommende Angst vor der drohenden politischen oder weltwirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit Berlins spätestens in der Niedergangsphase den einflußreichsten Vertreter der postmodernen Spurensuche, Dieter Hoffmann-Axthelm, vollends an die Seite des Machtkartells getrieben. Weil seine bisherigen Interventionen marginal geblieben waren, ging der ehemalige Anhänger der Stadtreparatur und strikte Kritiker der Neubaufraktion zur Wahrung der Berliner Würde mit einem radikalen Umbau- und Reprivatisierungsprojekt, das sogleich als Einleitung einer *"epochalen Wende"* (Klaus Hartung) angefeuert wurde, aufs Ganze. Er unterbreitete einen Plan dafür, wie die Westberliner, die daran vierzig Jahre gehindert gewesen seien, sich nun die historische Mitte aneignen könnten. Diese neue Eigentümerschicht sollte mit der *"Aufforstung der Stadtglätzen"* (Michael Mönninger), der *"gestaltlosen und vermüllten Räume"* (Klaus Hartung) und weiteren Kulturarbeiten die *"Ankunft von 80 Millionen Bundesbürgern in ihrer neuen Hauptstadt"* vorbereiten. Der Plan fordert als überfällige Entscheidung das politische *"Primat der Mitte"* ein, weil inzwischen klar geworden sei, daß im Herz der Stadt *"Stadttradition und Stadtdemokratie zusammengehören, daß die Verlüderung der einen die Verwahrlosung der anderen mit sich zieht"*²²

Gelten die neuen Stadtbürger als Pioniere der zivilen Gesellschaft, so werden die bisherigen Bewohner der Mitte schlicht als *"staatssozialistische Implantate"*, als *"Leute mit den roten Parteibüchern"* (Dieter Hoffmann-Axthelm) diskreditiert. Im kollektiven Gedächtnis der Stadt ist durch die Ostberliner aber auch eine andere Erfahrung von Stadt überliefert, in der Äußerlichkeiten keine entscheidende Rolle spielen und wo statt Konkurrenz vor allem Kooperation nach wie vor als Wert gilt. Die unterschiedlichen kulturellen Praktiken und das widerstrebende Interesse zweier ökonomisch ungleich handlungsfähiger Gesellschaften im gleichen Raum macht die jeden postmodernen Stadtumbau begleitenden Konflikte im Berliner Fall zu einem Politikum von weitreichender Bedeutung. Welchen Verlauf das Unternehmen auch immer nehmen mag, wir werden es als gesellschaftliches Großexperiment "Test the West" beobachten können.

Konstruktion Nr.2: Binnenkolonisation als gesellschaftspolitisches "Aufforstungsprogramm"

Mit der wirtschaftlichen Rezession hatten sich zugleich neue Handlungsoptionen eröffnet. Auch war der zuvor marginalisierte und als provinziell verächtlich gemachte "kritische Feuchtbiotop",

²²Vgl. Klaus Hartung, Der Hauptstadt-Plan: Operation am offenen Herzen. Die Zeit, Nr. 49, 29.11 1996, S. 9 ff.

die "typische Berliner Mischung aus Hochschule und taz-Milieu" (Klaus Hartung) wieder etwas zu sich gekommen. In den "Stadtforen von unten" erlebte die Bürgerbeteiligung vor allem in den Auseinandersetzungen um den Alexanderplatz und die Wohnungspolitik infolge massenhaften Zulaufs vor allem aus dem schwer segregationsgeschädigten Ostteil der Stadt eine erste Morgenröte. In Vorbereitung des Berliner Weltklimagipfels hatte die oppositionelle Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen eine programmatisch "Klimawechsel" genannte Veranstaltungsreihe veranstaltet. Susanne Jahn prägte in den auch auf politischen Machtwechsel orientierten Debatten das Wort von "Ökopolis versus Metropolis" und Hartwig Berger drückte das Leitbild "Nachhaltigkeit" in den Vordergrund des 1995er Wahlkampfes. *"Bei der Suche nach der Stellung 'im Weltgefüge' vergißt die CDU/SPD-Regierung dieser Stadt, daß Berlin, die vorhandenen Stadt, die Region, ihre Menschen, ihre Häuser, ihre Flächen, ihre Landschaft, nicht anzupreisen sind zur Verwertung, sondern daß es gilt, die Stadt für die Menschen umweltverträglich und sozial zu entwickeln. Es geht nicht um Vorzeigeprojekte, sondern um den Weg von einem subventionierten Doppelin-seldasein, hin zu einer Stadt, die von ihren eigenen Ressourcen lebt."*²³ Auch die PDS hatte ihren Wahlkampf unter die Forderung eines kommunalpolitisch zentrierten Paradigmenwechsels um das Subsidiaritätsprinzip geführt und unter anderem den eminent wichtigen Baustadtratsposten in Mitte erobert, den sie mit einer parteilosen Stadtsoziologin, Karin Baumert, besetzte. Die durch den Wählerwillen eigentlich auf die Tagesordnung gesetzte Abwahl der großen Koalition scheiterte allerdings an der schier unüberwindlichen PDS-Phobie vor allem der Sozialdemokraten. Erst nach den Wahlen wurden scheinbarweise die Finanzierungslücken der öffentlichen Hand auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben. Von nun an sitzt die Finanzmisere der Stadt mit am Tisch der Planer. *"Dem Finanzproblem liegt ein vielschichtiger Strukturwandel zugrunde. Die Lösung der Probleme erfordert eine Restrukturierung der öffentlichen Haushalte. Wie kann der Staatsanteil gesenkt werden, und wie können dabei öffentliche Einnahmen und Ausgaben umgeschichtet werden, ohne die soziale Sicherung und den sozialen Frieden grundlegend zu gefährden?"*²⁴ Sogleich spielte die Privatisierung von staatlichem Kapital- und Grundbesitz eine dominante Rolle. *"'Privatisierung' ist etwas irreführend, denn es geht um einen Strukturwandel von etatistischen zu zivilrechtlichen Formen der Vergesellschaftung"*²⁵

In Reaktion auf das Ende des sozialdemokratischen Wohnungsbauprogramms tauschten nach monatelangen Koalitionsverhandlungen die beiden Regierungsparteien die Ressorts Bauen und Verkehr sowie Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Stadtbaudirektor Hans Stimmann wurde von seinem neuen CDU-Senator gefeuert und - ehe er noch die Zeit zum gewünschten Nachdenken gewonnen hatte - in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklungsverwaltung, Umweltschutz und Technologie aufgefangen. Er nahm sich des "Stadtforums" des vormaligen Senators Hassemer an, krepelte es vom Arbeitsstil und Personal her zu einem weniger repräsentativen Gremium um und bevölkerte es teilweise mit Leitfiguren des "Klubs". Nach einer halbjährigen Inkubationszeit startete das neue Team um Stadtentwicklungssenator Peter Strieder schließlich mit einer planerischen Großoffensive durch, dem im November 1996 veröffentlichten "Planwerk Innenstadt", das alle Züge eines kommunikationstechnischen Meisterwerkes von

²³Susanne Jahn, Ökopoly vs Metropoly. Ökologischer Stadtumbau von Berlin. Positionspapier vom 5.11.94, im Archiv der Verfasserin.

²⁴ Joseph Huber, Den Staat neu denken. Mangelnde Beweglichkeit und Differenziertheit in der Haushaltspolitik. In: Stadtforum, Nr. 29, November 1996 (Dichte als Voraussetzung)

²⁵Ebenda.

"public opinion design" aufwies.²⁶ Es war, ganz simpel ausgedrückt, seitens des Senators der Versuch, unter Bedingungen einer äußerst labilen Koalition einerseits dem Koalitionspartner nicht allzu weh zu tun und andererseits vor allem die Pflöcke für eine neue politische Allianz mit den Bündnis-Grünen unter Tolerierung der PDS einzuschlagen. Gemeint war durchaus die Vorbereitung einer anderen Berliner Stadtpolitik unter der Hegemonie der SPD - noch rechtzeitig, ehe sich mit Klaus Töpfer ein von Bonn gestützter neuer Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters würde etablieren können, der der CDU neuen Zulauf zu sichern in der Lage wäre.

Wie sieht ein städtebaulicher Plan aus, der mit willkürlich gezogenen Linien in der Stadtlandschaft und dazugestellten Bildern, aus dem Nichts heraus so viel politischen Willen transportiert? Was ist neu daran, um als Alternative wahrgenommen zu werden? Handelt es sich um einen plötzlichen Sinneswandel, eine im Untergrund der bislang herrschenden Diskurse akkumulierte neue Erkenntnis oder um die Fortsetzung früherer Strategien im neuen Gewande? Mit wenigen Worten gesagt, bemächtigt sich der zwischen Frühjahr und Herbst erstellte Plan erstmals der gesamten Innenstadt im Bereich des sogenannten "Hundekopfes", wie der Bereich des inneren S-Bahn-Ringes von Planern genannt wird. Während die Stadt und der Bund in den vorangegangenen Jahren mit den symbolischen Großprojekten der Metropolisierung und Hauptstadtwerdung vollauf beschäftigt gewesen waren, verknüpfte der neue Plan die insularen Standorte (orange Farbe) nun mit einem den Bestand (grau) verbindenden Netz rot eingetragener Blockstrukturen als Neubauvorhaben. Allein im Maßstab - 1: 20 000 - wird die in der Berliner Planungsgeschichte seltene Ambition wie auch die Problematik des Unterfangens deutlich. Denn der avisierte Stadtumbau erfaßt Gebiete, die jenseits der konkreten Milieuerfahrung jedes einzelnen, noch so bewanderten Stadtbewohners liegen und will doch als Ganzes Zustimmung - und mehr noch: Identifikation - erwirken. Auffällig ist sodann, daß die roten Interventionen in der historischen Mitte, dem vom DDR-Städtebau dominierten Gebiet am kompaktesten und detailliertesten sind, während sie in der City-West eher streuen und weiträumiger ausgreifen. Im Gegensatz dazu erscheint das betroffene Gebiet im Osten als so konzentriert für Neubauvorhaben ausgewiesen, daß der Eindruck entsteht, es sei bislang kaum bebaut und bevölkert gewesen. Hier wurde offensichtlich die größte Energie aufgebracht, was eine parzellenscharfe Teilung im zweiten Blick sogleich bestätigt. Mit der Reparzellierung von überwiegend Gemeindeland, wird die privatwirtschaftliche Auffüllung der Freiflächen vorbereitet. Zur Überbauung sind breite Straßenzüge und in erster Linie die bislang grün festgeschriebenen Erholungs- und Spielflächen sowie stadtklimatisch bedeutsame Kaltluftschneisen vorgesehen. Einige Kindereinrichtungen werden annulliert. Die vorgegebene Verdichtung zehrt nahezu alle unbebauten Flächen - zum Beispiel um den Fernsehturm herum - auf. Die modernen Strukturen des Nachkriegsstädtebaus werden mit dem 19. Jahrhundert entlehnten Raumtypologien konterkariert, ästhetisch durch extrem Gegensätzliches attackiert und funktional durch Verschattung, Ausstattungsreduktion und neuerliche Verkehrsbelastung schwer beeinträchtigt.

Neu an dem Verfahren ist indes allein der Maßstab und das voll regionalisierte Programm des Rückbaus von sogenannten Brachen, wo sich in Form von Straßen oder Gärten zumeist zweckbegründete Stadtanlagen befinden. Die Muster der Planung, nämlich Umlegung von Grundstücken, Straßenneubau und Blockbildung setzen das schon beim Potsdamer Platz vorgedachte und

²⁶Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie [Hrsg.], Planwerk Innenstadt. Ein erster Entwurf. Berlin, Februar 1997.

am Alexanderplatz entwickelte Masterplanverfahren²⁷ unter "Erfindung einer Tradition" lediglich im verkleinerten räumlichen Grundmuster fort. Auch die Ästhetik bleibt beim bekannten altberlinischen Vokabular und die erkenntnistheoretische Grundhaltung erweist sich weiterhin als antiempirisch-orthodox. Hier geht es nicht um das konkrete Problem eines einzelnen Ortes, sondern um die Durchsetzung eines durchgreifenden Prinzips, mit dem im Namen des "steinernen Berlin" achtzig Jahre Berliner Stadtentwicklung nach dem Imperativ "Licht, Luft, Sonne" als vollständig verfehlt ausgeschaltet werden können. Gegen den modernen sozialistischen Städtebau mit seinen monumental gedachten und zentralperspektivisch komponierten weiten Panoramen wird nun eine *"schwarze Architektur der Durchkreuzung"*²⁸ eingeführt. Es geht dabei um die extremen Wünsche einer einzelnen, inzwischen in den "Klub" aufgestiegenen Person, die sich eine "dichte, sehr dichte Stadt" wünscht: *"ein klares Übergewicht der Menschen über die freien Räume."* Hinzu tritt unter anderem der Wunsch nach einem *"aus der Zerstörung zurückgeholten Stadtzentrum, eines, das also die Leiden dieses Jahrhunderts sichtbar hinter sich hat."* Der Hauptautor dieser gezeichneten "Schlußstrichdebatte", Dieter Hoffmann-Axthelm, ist sich früher seiner elitären Position durchaus bewußt gewesen, als er schrieb: *"Man muß davon ausgehen, daß eine Stadt, die als Summe kollektiver Wünsche gebaut würde, unerträglich wäre. Sie sähe vermutlich aus wie eine Feriensiedlung der Côte d'Azur und würde wohl auch entsprechend schlecht funktionieren. Kollektive Wünsche sind ungenau und auch bestechlich. Die Frage unterstellt in der Regel allerdings ein ganz anderes Wir, das der Intellektuellen, Politiker, Fachleute, das Wir einer begrenzten öffentlichen Meinung. Dieses Wir ist nicht nur schwer und nicht ohne Peinlichkeiten des Elitären abzugrenzen, es ist seinerseits illusorisch. Erstens vermischen sich in diesem Wir allzu leicht zwei Dinge, die gerade getrennt bleiben müssen, die Wünsche einerseits, die politischen, fachlichen, ästhetischen Orthodoxien andererseits. Zweitens lebt dieses Wir vom Streit ..., im Unterschied zur erdrückenden Massivität der kollektiven Wünsche."²⁹ Was aber zählen kollektive Wünsche, wenn die Eliten Definitionsmacht erlangen? Senator Strieder wies sie in einem Interview mit dem ORB (*"Überrascht sie der massive Widerstand gegen ihr Planwerk?"*) als *"übliche Partikularinteressen"*, die nur um ihre Parkplätze vor dem Haus und Wahrung von (kollektiven!) Besitzständen bedacht seien, ab.*

Mit Dieter Hoffmann-Axthelm trat nunmehr ein Akteur in den Vordergrund, der sich durch eine Reihe von Büchern als Berlins bedeutendster "StadtDenker" (Gerwin Zohlen) empfohlen hatte. Insbesondere mit Titeln wie "Die dritte Stadt" (Frankfurt/M. 1993) und "Anleitung zum Stadtbau" (Frankfurt/New York 1996) als überdurchschnittlich informiert und engagiert eingeführt, hätten sich mit dem Namen des Autors eigentlichen Hoffnungen auf eine intellektuelle Läuterung der Berliner Stadtentwicklungsdebatte verknüpfen sollen. Allein - Hoffmann-Axthelms breit angelegtes Theoriegebilde läuft auf eine einzelne apodiktische Grundannahme hinaus, nämlich die ausschließliche Gewähr von "Ortsidentität" durch eigentumsrechtliche Verankerung im Grundbesitz. Nach seiner dezidiert antietatistischen Auffassung könnten mit der Wiedereinführung des

²⁷Im Zusammenhang der ersten großen Wettbewerbe war in einer Diskussionsreihe der Zeitschrift arch+ bereits nachdrücklich die Aufgabe von Masterplankonzepten zugunsten flexibler, dezentraler Planungsansätze gefordert worden. Siehe Nikolaus Kuhnert, Philipp Oswald, Peter Baumgärtner mit Heinrich Suhr, Exposé zur Veranstaltung in der Galerie Aedes am 15.3.1991 "Berlin - Masterplan oder offene Planung?" im Archiv der Autorin.

²⁸Dieter Hoffmann-Axthelm, Offene Mitte und leerer Kopf. Manuskript zu einem Mitteilungsheft der Bauwelt. Im Archiv der Autorin.

²⁹Dieter Hoffmann-Axthelm, In welcher Stadt wollen wir leben? In: Centrum Jahrbuch.

kleinteiligen Parzellensystems als grundlegendes vertragliches Regelwerk und verfahrensrechtliches Instrument alle heutigen städtischen Probleme in Richtung wünschbarer Mischung, Komplexität, Restitution von Öffentlichkeit, Dezentralisierung und lokaler Ökonomie erfolgreich bearbeitet werden. Gegen die implizite Entmündigung moderner staatlicher Fürsorgemacht, gegen die Anonymität gesellschaftlicher Großstrukturen unterbreitet er ein radikales Emanzipationsprogramm auf der Basis wirtschaftlich autonomer Individualität. Er programmiert - vollkommen unbeeindruckt vom weit fortgeschrittenen kapitalen Konzentrationsprozeß der globalen Ökonomie - eine neue privatwirtschaftliche Gründerzeit auf den "Brachen" der modernen Stadt. Eine solche Engführung der Theorie hat allerdings die Annahme zur kaum ausgesprochenen Voraussetzung, daß die Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts überwiegend einer gesellschaftstheoretischen Konstruktion, nicht aber objektiven ökonomischen Bedingungen gefolgt sei und daß man die totalitäre moderne Planungsideo-logie nur dekonstruieren brauche, um wieder zu Prinzipien der Liberalität zurückfinden zu können. Als sei es uns frei gestellt, aus dem Strom der Zeit in eine frühere "Kontinuität" breit verteilter, chancengleicher wirtschaftlicher Aktivität zurückzu-kehren, fordert Hoffmann-Axthelm mit dem Berliner Planwerk zur City-Ost ein 1:1-Experiment in der sozialen Realität der Stadt.

*"Erst wenn die Stadt wieder ein Platz für die niedergewalzten kleinbürgerlichen Lebensinteressen ist, ist die deutsche Stadtfeindschaft besieghar."*³⁰ In diesem sozialökonomischen Zirkelschluß, man brauche, wie ein guter Gärtner, das "niedergewalzte Interesse" nur hübsch wieder aufpflanzen und begießen, in diesem zentralen Denkfehler einer an "Wille und Vorstellung" geknüpften Machbarkeit des Guten erweist sich Hoffmann-Axthelm als reduktionistische Berliner Antwort auf ganze Schulen der Stadttheorie. Auf die Chicagoer Sozialökologie, auf Henri Lefèbvre, John Friedmann, Pierre Bourdieu und Colin Rowe reagiert der zum Hauptstadtplaner mutierte Theologe mit tief im 19. Jahrhundert verwurzelter Orthodoxie.

Das gezeichnete und eindrucksvoll digitalisierte Planwerk selbst, bei dessen Präsentation, die innerstädtischen Freiflächen in Sekundenschnelle "volliefen" war jedoch nur die halbe Affäre. Rund herum wurde zusätzlich ein Dickicht von argumentierenden und apodiktischen Texten gepackt, die in mehrseitigen Aufmachern vor allem die "Berliner Zeitung" in den Osten der Stadt und die "Zeit" in die westliche Bundesrepublik kommunizierte. Diese ausführliche rhetorische Benutzeroberfläche des Planwerkes "zappte" gewissermaßen alle populären Themen alternativer u n d konservativer Politikentwürfe durch. Ein bißchen appellative "Hauptstadtwürde", Sicherheit und "Aufräumen" im öffentlichen Raum traf Meinungen sowohl im christdemokratischen Lager wie im wertkonservativen Teil des PDS-Spektrums. Auch das Verlangen nach einer "gesamstädtischen Identität" und "mentalener Wiedervereinigung" konnte angesichts vielbeklagt fortbestehender "Mauern in den Köpfen" allenfalls intellektuellen Foucault-Anhängern verdächtig sein. Die meisten Themen arbeiteten vor allem das Wahlkampfprogramm der Bündnis-Grünen ab: Verkehrsreduzierung durch Straßenrückbau, Innen- statt Außenentwicklung, kurze Wege, Abrißvermeidung. Hinzu traten bodenpolitische Elemente für die Anhänger der SPD. Selbst den ganz hart gesottenen Systemkritikern verkaufte sich das Planwerk als der erste ganzheitliche Plan in Zeiten allgemeiner neoliberalistischer Deregulierung. Überdies, so wurde ausführlich dargestellt, sollte ja buchstäblich jedermann einen flächenmäßigen Anteil an der Innenstadt erwerben können - ehe die nächste Welle ausländischer Investitionen einsetzen würde. Gerade das Eigen-

³⁰Dieter Hoffmann-Axthelm, Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt/M., New York 1996, S. 88.

tumsmodell - als "Emanzipation der Mieter" ausführlich angepriesen - war von den Urhebern als innovative Produktidee gedacht, auf das die statistisch sehr erfolgreichen Ostberliner Doppelverdienerfamilien um die Mitte ihrer Dreißiger ebenso anspringen sollten, wie die vielen mit Aktien spekulierenden Erben im Westen. Auch würde die Stadt mit dem Planwerk finanzpolitisch vielleicht aus dem Schneider kommen. Die Begleitretorik des Planwerkes schillerte in allen Farben des Regenbogens und hätte eigentlich wegen Überkommunikation jeglichen Einspruch in der sanften Watte unspezifischer Ideologie ersticken müssen. Der verantwortliche Senator hatte sich mit dieser Initiative als "everybody's darling" präsentieren und für Höheres empfehlen wollen.

Was aber war schief gegangen, daß sich noch vor der erstmaligen Vorstellung des Planwerkes massiver Protest anmeldete? Zur Erklärung: Ehe die ursprünglich stärker abrißorientierten Pläne in einer politisch vertretbaren Fassung veröffentlicht waren, hatte sich auf die bloße Kenntnis des bevorstehenden Verfahrens hin bereits eine aktionsfähige Gegenöffentlichkeit formiert, der sich die Berliner "tageszeitung" als Diskussionspodium anbot und die über die Stadtbezirkszeitung für die Berliner Innenstadt "scheinschlag" verfügen konnte.³¹ Infolge engagierter Berichterstattung und Polemik zum öffentlichen Raum erzwang erst die sich formierende Opposition durch ihre publizistische Offensive die breite Debatte des Planwerkes. Damit hatte sich die Absicht, das als Senatsvorlage gedachte Konzept im kleinen Kreis der - unter Stimmanns Ägide wenigen - geladenen Experten des Stadtforums in kurzer Frist beschlußreif aufzubereiten, zerschlagen. Dem *"Anspruch des Stadtbürgers auf eine würdige Umgebung"* (Klaus Hartung) trat eine massive Front von Städtern gegenüber, die nicht gebaute Würdeformen, sondern Teilhaberechte am öffentlichen Raum einklagten. Doch noch ehe sie ihren Einspruch artikuliert hatten, wurden sie als übellauniges Betroffenheitsmilieu abgetan: *"Nur wenn das Planwerk die Rechthaberei der Basis übersteht, haben die Berliner die Chance, sich in ihrer Mitte als Bewohner einer vereinigten Hauptstadt wiederzufinden."*³²

Angesichts dieser Herausforderung reichte schließlich der größte Saal im Staatsratgebäude mit 900 Plätzen nicht aus, die am 29. November 1996 Einlaß begehrenden Menschen aufzunehmen, die sich überwiegend im Widerspruch zu dem Planwerk empfanden. Die meisten Wortmeldungen gipfelten in leidenschaftlichen Bekenntnissen zur existierenden Stadt, gerade mit ihren von Gewalt und Zerstörungen wie Irrtümern und Lernprozessen zeugenden charakteristischen Merkmalen. Der "Himmel über Berlin" (nach einem berühmten Film von Wim Wenders) und die Erinnerung an vierzig Jahre globaler Spaltung wurden vielfach als ästhetische und historische Werte geschildert, die den älteren Mythos vom "steinernen Berlin" in seiner Bedeutung zumindest aufwiegen. Weniger sprach sich in den Äußerungen also "Rechthaberei" aus, als vor allem liebevolle Zuwendung und eine geradezu zärtliche Wahrnehmung der ebenso harten städtischen Realität wie symbolischen Qualität Berlins. Im übrigen, so der Tenor, brauche man nicht auf die Niederlassung reputierlicher "Stadtbürger" zu warten. Die Stadt sei bereits da, denn 1989 hätte sich eine neue Bürgerschaft im öffentlichen Raum politisch konstituiert. Folgerichtig seien die aufgeworfenen Fragen nach Geltung und Entwicklung dieses Raumes am besten in ihre Hände zu legen.

³¹Neben einer Artikelserie zum Problem des öffentlichen Raumes erschien als gemeinsame, 12seitige Beilage von taz und Scheinschlag am 19.12.1996 "stadt.plan.mitte."

³²Zitate Klaus Hartung, *Der Hauptstadt-Plan...*, a.a.O., S.13.

Sucht man nach Erklärungen für die passionierte Widerrede gegen ein Projekt, das unter Berufung auf Geschichte reale Geschichte verdrängt und im Namen von "Stadtbürgerlichkeit" jeden potentiellen Widerredner ostentativ entmündigt, so spielen Reflexionsbereitschaft, Sprachsensibilität und bürgerschaftliches Selbstverständnis entscheidende Rollen. Hellwach registrierte die Öffentlichkeit vor allem im Ostteil der Stadt jede Geste und verbale Verlautbarung. Bereits der sich zur Begründung des Planwerkes anbahnende Diskurs war von vornherein von Demagogie, Boshaftigkeit und vormundschaftlicher Herablassung gezeichnet. Waren es zunächst Worte gewesen, so ließen die analogen Handlungen nicht auf sich warten. Die größte Provokation hatte sich die Senatsverwaltung bereits mit dem Ausschluss der betroffenen Bezirke geleistet, die zusätzlich darin gehindert worden waren, ihre eigenen Planungen in Kraft zu setzen. Insbesondere der Bezirk Mitte war Ende August 1989 um ein Moratorium gebeten worden, "weil sich mit dem in Arbeit befindlichen Masterplan alle Prämissen entscheidend ändern" würden. Als zweite Provokation wurde die Direktvergabe eines Planungsauftrages von zu diesem Zeitpunkt einer Höhe von einer halben (inzwischen weit über einer) Million Mark an vier bewährte Mitglieder des "Klubs" empfunden; und schließlich brachte die gut dokumentierte Feindschaft vor allem Dieter Hoffmann-Axthelms gegen den DDR-Stadtbaubestand das Faß vollständig zum Überlaufen. Nicht allein, daß niemand aus dem Osten an dem wichtigen Verfahren beteiligt worden war, sondern die Tatsache, daß ein Mann, der einen heiligen Eid gegen die staatssozialistische Moderne abgelegt zu haben schien, nun dem Gipfel seiner Wünsche entgegenzuarbeiten eingeladen war, schärfte alle Sinne. Hoffmann-Axthelm erfüllte auch umgehend die Befürchtungen, indem er sich vom "Spiegel" mit *"Neues Leben im Ossi-Zoo"* zitieren ließ. Auch waren Hans Stimmanns dequalifikatorische Äußerungen über den osteuropäischen Architektenstand, *"der gerade einmal die Berechnungsformel für einen einfachen Balken gelernt hat"*, nur allzu präsent, als daß jemand geneigt sein konnte, die einseitige Beauftragung als ein schlichtes Versehen zu betrachten.

Der symbolische Ausschluss der Ostberliner Experten und der Bezirke sowie die ausdrückliche Absage an Gremiendemokratie, Basisbeteiligung und Verfahrensgerechtigkeit machte das Planwerk von vornherein unannehmbar. Vom ersten in der "taz" veröffentlichten Einspruch an ging es den Kritikern des Projektes deshalb um den unaufgeklärten Politikstil, die verletzende Form der öffentlichen Rede und das ebenso exklusive wie identitätssystematische (d.h. Ästhetik und Lebenspraxis gleichschaltende) Gesellschaftskonzept, das ihnen mit dem "Planwerk" auf den Tisch gekommen war. Während eine wachsende Gegenöffentlichkeit zweieinhalb Jahre lang "das Ganze" als grundlegendes politisches Problem, nämlich als Anschlag auf das Prinzip der Alterität und Offenheit, bekämpfte, waren die Akteure dagegen explizit bemüht, den Protest in Teilbereiche und Ressortdebatten zu lenken und so zu marginalisieren. Dabei gehörte es entscheidend mit zur Strategie, möglichst alle Kritiker in einem Überangebot von Veranstaltungen zu ermüden. Zum Beispiel hatte Senator Strieder coram publico auf die Forderung der Baustadträtin von Mitte nach demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten geantwortet: *"Wir werden Ihnen Bürgergespräche, Planungswerkstätten und Podiumsveranstaltungen organisieren, daß Ihnen die Luft weg bleibt, Frau Baumert!"*

So wie sie den auf früheren Stadtforen erzielten Konsens über den Umgang mit dem Ostteil der Stadt³³ gezielt unterlaufen hatten, operierten die Autoren und politischen Auftraggeber des Kon-

³³Vgl. Geschäftsstelle Stadtforum, Protokoll der öffentlichen Veranstaltung "Stadtidee-Stadtgesellschaft" des Stadtforums am 22.8.1992 v.a. die Ausführungen von Hendrik Gottfriedsen über Berlins gebaute Unikate, Rolf Xago-Schröder mit dem Bekenntnis zum

zeptes schließlich zweieinhalb Jahre lang hegemonial gegen die Forderung nach kritischer Analyse und Empirie. Sie waren bislang nicht in der Lage, die Strategie der Überrumpelung durch Bilder zu verlassen und bei der grundlegenden Frage neu zu beginnen, die von Gegnern des Planwerkes zur Eröffnung der Debatte 1996 aufgeworfen worden war: "Wem gehört die Stadt?"³⁴

Wem gehört die Stadt? Die Gegenbehauptung der Citoyenität.

Im Gegensatz zu den bezahlten Akteuren, beschäftigt das Planwerk seit mehr als einem Jahr zahlreiche Bewohner oder Nutzer der Stadt. Sie bevölkern zumindest die zahlreichen Foren und Werkstätten, sie beschreiben, analysieren und beurteilen die Entwicklungen, schreiben im Einzelfall Bücher zum Problem³⁵ oder schreiten zu ungewöhnlichen Maßnahmen im öffentlichen Raum wie happenings, "Innenstadtwochen" oder besonderen Ausstellungen. Sie sind Soziologen, Künstler, Großmütter, Farbige, Architekten, Journalisten, Verbandsmitglieder oder assoziierte Mieter. Wie auch immer, ob beim "Stadtforum von unten", im Abgeordnetenhaus, in der Souter-rainkneipe bei "Anna Koschke" oder beim Bäcker, oft genug am Telefon, pflegen sie inzwischen lebhaften Umgang miteinander. Was sie zusammengeführt hat, ist zuerst die große Sorge gewesen, daß sich mit dem Planwerksdiskurs eine Form des gesellschaftlichen Umganges ein"bürgern" könnte, die den sozialen Frieden gefährdet. Auch stand die Befürchtung im Raum, daß mit dem politischen Zynismus etwas allzu gut Bekanntes wiederkehren könnte, nämlich die obrigkeitsstaatliche Entmündigung, die man in Ostberlin eben erst abgeschüttelt hatte. So behaupten sie - gleich ob aus Überzeugung, Erfahrung, Sachkenntnis oder Prinzip - eine Position zugunsten des Bestandes an Freiräumen, an Bevölkerung und an geschichtlichen Zeugnissen. Sie besetzen - soweit sie sich nicht selbst bereits als Besitzer verstehen - damit das, was ideell eben annulliert werden sollte, nämlich den offenen "geschichtlichen Erholungsraum" in der Mitte der Stadt, stellvertretend für andere mit Wert. So ist jenseits der gezeichneten besitzbürgerlichen Verheißungen in der kontroversen Debatte um das "Planwerk Innenstadt" ein besonderer sozialer Raum des gesellschaftlichen Engagements gerade dadurch entstanden, daß sich gegensätzliche soziale Selbstdeutungen gegenübertraten, Stadträume ganz unterschiedlich in Anspruch genommen und hegemonial behauptete Deutungskompetenzen wie - muster stittig gestellt wurden. Es stellte sich heraus, daß der Raum der städtebaulichen Intervention anders besetzt war, als die "Planwerker" ursprünglich angenommen hatten: Die vermutete und mit vielen Worten herbeigeredete "Wüste" oder "asiatische Leere" (M.Mönninger) war in Wirklichkeit sehr belebt.

Daß diese arbeitende Reflexions- und Gegenöffentlichkeit³⁶ gegen die etablierten Medien überhaupt entstand, verdankt sie dem entscheidenden Formfehler der politischen Betreiber des Plan-

erfahrenen Raum und zur Collage, Wolfgang Kil zur Differenz der großräumigen zentrumsbestimmenden Baugebiete in Ostberlin und Bernd Hunger zur gebotenen planerischen Sensibilität.

³⁴Ulrike Steglich, Schöne, heile Bilderwelt der Planer. die tageszeitung, 26.11.1996.

³⁵So Uwe Rada, Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole. Berlin: Verlag Schwarze Risse 1997.

³⁶Ausgehend von der kleinen Innenstadtzeitung "scheinschlag" spannt sich ein auf Zuruf wie auf Verabredung begründetes Netzwerk von etwa einem Dutzend stark engagierter Einzelpersonen in verschiedene Institutionen hinein. Dazu gehören Freundeskreise,

werkes, nämlich der exklusiven Grundkonstruktion des Verfahrens. Der Osten der Stadt war grundsätzlich und in einer so demonstrativem Weise übergangen und zugleich planerisch überrollt worden, daß das - selten für deutsche Verhältnisse - zu einer prinzipiellen und übersubstantiellen Solidarität mit den eigentlich betroffenen Anwohnern führen mußte. Besonders deutlich war die absolut hegemoniale Wahrnehmung der Planer in der Rede von Karl Schlögel zur Eröffnung des Planwerksverfahrens geworden. In dem insgesamt hochproblematischen Text feierte der Autor den Wiedereintritt *"der aus der Zeit gefallenen osteuropäischen Städte in die Gegenwart"*, *"das Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung und die Geburt der Bürgerstadt"*. Dort, wo eine demokratische Öffentlichkeit ihre Versammlungen unter offenem Himmel gehalten hätte, sei *"der Stadtraum gleichsam neu kodiert, neu definiert, mit neuer Bedeutung aufgeladen worden"*. Nunmehr eigene sich diese *"im Schoß der Nachkriegsordnung nachgewachsene und reif gewordene Stadtgesellschaft"* überall in Osteuropa selbstbestimmt und umgangssicher die marginalisierten Innenstädte an. Es sollte ein Plädoyer für die Gestaltungsfähigkeit der postsozialistischen Gesellschaften sein, verkehrte sich aber vor dem überwiegend anwesenden Ostberliner Publikum in das völlige Gegenteil, nämlich eine Ohrfeige, als Schlögel vollkommen ahnungslos über die Bedeutung, die seine Worte in der ehemaligen Hauptstadt der DDR hinterlassen mußten, schloß: *"Wir haben schon einmal, am Ausgang des kalten Krieges, die Reife der östlichen Gesellschaften unterschätzt, es könnte auch jetzt so sein, daß wir die dort an den Tag gelegte Sicherheit in der Bewältigung von Krisen, die erstaunliche Chaoskompetenz geringschätzen. Gerade aber von der können wir lernen in einer Zeit, da die Abwicklung des alten Zustandes, die im Osten begann, nun auch im Westen erreicht ist."*³⁷

So spricht nur jemand von einem "Wir", der sich zu Hause und unter seinesgleichen wähnt, weit entfernt von der Eingebung, daß die anwesenden Domestiken sich eigene Gedanken machen könnten. Schlögel hatte mit solcher Rede die nachrevolutionäre Ostberliner Stadtgesellschaft in dem ihr seither verweigerten Anspruch getroffen, mehr als nur anwesend zu sein, sondern aktiv reflektierend "ihre" Stadt lebenswert gestalten zu wollen und dies mindestens ebenso gut zu können wie die saturierte westliche Gesellschaft. Daran waren sie durch Institutionentransfer, Abwicklung, Elitenwechsel, berufliche und soziale Dequalifikation und einseitige Wettbewerbsentscheidungen und ausschließliche Auftragsvergabe in den Westen sechs Nachwendejahre lang gehindert worden. Es gibt Planerbüros im Ostteil der Stadt, denen sind entsprechende Ausschließungen schriftlich und in aller Form mitgeteilt worden, "weil sie bedauerlicherweise keinerlei Erfahrungen mit solch komplizierten Verfahren und Gestaltungsaufgaben" hätten. Schlögel war offensichtlich ganz entgangen, daß sein vollkommen verklärtes, nämlich bürgerschaftlich angeblich erstarkendes Osteuropa bis in die Mitte Berlins hereinreicht. Er und die "Planwerker" hatten buchstäblich die Rechnung ohne den Wirt angestellt.

Während die historischen Rekonstrukteure von Bürgerlichkeit, die Produzenten von Stadtbildern und die neuen Siedler als Subjekte im Lichte des Planwerks ausnahmslos westlich sozialisiert und professionalisiert, wirtschaftlich etabliert, sozial statuiert sowie kulturell und lebensweltlich

Bürgerinitiativen, die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Studiengänge an Hochschulen, unabhängige Beiräte, Parteizirkel vor allem der Bündnis / Grünen und der PDS sowie die Berliner Mietergemeinschaft mit jeweils eigenen Publikationsmöglichkeiten.

³⁷Karl Schlögel, Operation Mitte. Die Wiederbelebung osteuropäischer Stadtzentren. In: Stadtforum Nr. 24, Februar 1997 (Operation an der Struktur).

hochgradig vergemeinschaftet erschienen, sah sich die Ostgesellschaft - paradoxerweise auf ureigenem Terrain - in die Rolle des kollektiven Immigranten gedrängt.

So stehen sie sich in zwei großen Gruppen idealtypisch gegenüber, die einen, die jetzt aufgebrochen sind, ihre „bürgerlichen Wurzeln zu suchen“ (H. Stimmann) und einen neuen „kulturellen Humus“ auszubringen (Klaus Hartung). Beim genauen Hinsehen erweisen sich die unter einander vertrauten Planwerker gewissermaßen als eine Art Gesinnungsgemeinschaft aus dem "Dorf" Westberlin. Sie glauben, mit den Anderen, die angeblich ganz primitiv den "Zuzug von außen abwehren" (Hartung) und sich verstockt den notwendigen Veränderungen verschließen, "in der Tat kontrovers reden (zu) müssen", weil ebenso wie der "Palast der Republik" manches in der Oststadt einfach am falschen Platz sei. Was im Marginalienbereich des Diskurses besonders auffällt, ist neben der vormundschaftlichen Positionierung nach Osten die gewissermaßen voraussetzungslose Art und Weise, an ein bestimmtes kulturelles Klientel zu appellieren, dem man sich substantiell zugehörig fühlt und das man daher im politischen Raum verantwortlich vertritt. Es läßt sich zunächst als einem "urbanen Lebensstil" (Hans Adrian) verpflichtet beschreiben und bringt idealerweise noch "Zweitwohnungserfahrung" (J.F.Geist) aus der Toscana und südländischen Städten mit. In der Regel kennt man sich persönlich und ist häufig auf Zuruf so vertraut, das man unwillkürlich das distanzlose "Du" benutzt (Ludovica Scarpa, Annette Ahme). Die Vertrautheit geht gelegentlich so weit, daß bereitwillig überraschende Mitteilungen über die Beschaffenheit, Ausstattung und Funktion der häuslichen Schlafstatt öffentlich gemacht werden (J.F.Geist) . "Schließlich", so heißt es weiter vereinnahmend, "fahren wir doch alle zweimal im Jahr zur Erholung nach Mallorca" (Hans Stimmann) .

Wo nicht gleich das vertraute "Du", so beherrscht dieses "wir alle" die Diktion der mündlichen Debattenbeiträge. "Wir finden das doch **alle** schrecklich" (Hartung, Häußermann) - "Wir sind doch **alle** transsexuell, hermaphrodit - wenn Sie verstehen, was ich damit sagen will" (Geist).³⁸ Die offensichtliche langjährige Erfahrungsgemeinschaft auf der Insel Westberlin und die ebenso exklusive wie elitäre Akteursrolle im seitherigen Vereinigungsgeschehen der Stadt tragen so zu einem charakteristischen Selbstbild und Selbstwertgefühl bei, das nun die distanzlosen und teilweise indiskreten Kommunikationsstrukturen einer "Szene" mit neuen Würdeformeln aufzufüllen neigt. Man ist die "Stadtgesellschaft" an sich, die ihre Identität fraglos mit Glücksgefühlen erlebt. Nur diese Nabelschau erklärt die ahnungslose Verzückung eines Dieter Hoffmann-Axthelm, der sich anlässlich der Einweihung der Hackeschen Höfe täuscht, wenn er schwärmt. "Die ganze Stadt war da!". Gekommen waren vermutlich vor allem die alte westberliner Wohngemeinschaft und ein Dutzend neuer Auftraggeber von der Rhein-Main-Schiene.

Diejenigen Stadtbewohner, die diesen fröhlichen Empfang versäumten, gehören offensichtlich nicht zur Stadt. Im besten Fall müssen sie erst noch im Westen "ankommen" wie die Warschauer und Rigaer, das wäre tröstlich, oder sie schaffen es nie, weil sie mental unfähig sind "Stadtbürger" zu sein. Als "deutschsprachige Polen" (A. Baring), stehen sie gewissermaßen vor dem kollektiven Einwanderungsbeamten zur Musterung an. "Evaluieren" heißt die Prozedur und wer den Warteschleifen entkommen konnte, hat noch eine Gepäckkontrolle zu bestehen. Bei "Einreise" in die Bundesrepublik wird insbesondere das schäbige Gepäck, die Mitgift aus dem anderen sozialen Raum, gemustert, gereinigt oder auch treuhänderisch requiriert. Straßennamen verändern die

³⁸Vgl. eine pointierte Glosse auf diese Diktatur des "wir alle": Nadja Klinger, Alle Deutschen, alle Berliner, alle ich. In: die tageszeitung, 12.2.1997.

"mental map". Abrisse von gebautem Volksvermögen zeigen an, was drüben auf der anderen Seite nicht erwünscht ist. Das soziale Kapital wird abgewertet, Umschülerkurse und politische Weiterbildungslehrgänge konstituieren gewissermaßen einen gesellschaftlichen Transitraum, den Transformationsforscher und Journalisten überwachen. Problematische Befunde wie "andere Vertrauens- und Mißtrauensstrukturen", "unbewußter Sozialismus" und "mangelnde politische Sozialisation" (Gerwin Zohlen) verzögern die Entlassung aus der Quarantäne.

Wer vor diesem Hintergrund wie auch immer kritisch distanziert oder solidarisch Chancengleichheit anmahnt oder gar soziale Gleichheit als Wertvorstellung thematisiert, wird regelmäßig und stereotyp auf die Einkommensentwicklung und die enormen absoluten Zuwächse im Osten hingewiesen. So arm und undifferenziert sei der Osten gar nicht, im Gegenteil er profitiere im Vergleich zur Stagnation im Westen erheblich. Und häufig springt das Gespräch vom eben noch quantitativ-strukturellen zur wiederum intimen qualitativen Argumentation über. Dem Gesprächspartner wird augenzwinkernd das Eingeständnis abverlangt, doch wohl persönlich auch ganz gut davongekommen zu sein. "Sie werden schon nicht zu den Verlierern gehören", entgegnet ein Senator einem Diskutanten. Eine Wissenschaftlerin wird porträtiert, indem es heißt, daß sie die Plattenbauwohnung erfolgreich hinter sich gelassen habe und die Kinder Westberliner Schulen besuchten. So konstruiert man substantielle Zugehörigkeit auf der Ankommenseite und desavouiert kritische Solidarität gegenüber den Benachteiligten. Parteinahme erscheint aus dieser Sicht westdeutscher Sozialisation konsequenterweise dann nur noch als politische Parteigängerschaft plausibel zu sein. Wer die Grenze überschritten hat und sich nach rückwärts umschaute, ist außerordentlich verdächtig, leiblich einer bestimmten Assoziation von "Ewiggestrigen" angehörig zu sein.

Diese Beunruhigung angesichts solidarischer und uneigennützig kooperativer Interaktionen oder zumindest überpersönlicher Motivationen ("**Materiell** geht es mir viel besser als in der DDR, aber ...", "Meine persönliche Situation hat sich seit der Wende verbessert, aber ...") macht ein besonderes Defizit der bundesdeutschen Gesellschaft besonders evident. Es fehlt hier offensichtlich und systematisch an einer zwischen Staat und ausdifferenzierten Individuen vermittelnden politischen Instanz und sozialen Konstellation. In der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft ist, wie Wolfgang Engler treffend beschrieben hat, der formalisierte Distanz- und Spielraum verschwunden, den man mit Recht den "öffentlichen Raum" nennen könnte. "Was wir erleben, woran wir teilhaben, sind Öffentlichkeiten an sich, nicht für sich; sind Menschen, die den öffentlichen Raum ohne das Bewußtsein, vor allem ohne die Techniken betreten, nach denen er verlangt; die nur noch einen Kode verstehen - den des Privaten, ich und du."³⁹ Deutschlands politische Kultur ist über diese Feststellung hinaus zusätzlich geprägt durch eine "substantielle Identifikation mit dem Gemeinwohl"⁴⁰, die es zumindest schwierig macht, sich eine andere als körperschaftlich begründete Solidarität überhaupt vorzustellen. Mit dem öffentlichen Raum ist in Deutschland auch die kritische Solidarität der Gesellschaft, nicht der Gemeinschaft zugehörigen citoyens, des Universalisten und Kosmopoliten verloren gegangen. Im sogenannten öffentlichen Raum der Städte regiert die Urbanität erweiterter und additiv verbundenen "Insidermilieus", "Szenen" oder "Generationen". "Lebensstilpluralität" ersetzt komplexe Gesellschaftlichkeit. Besonders in Berlin

³⁹Zum Problem des verschwundenen öffentlichen Raumes, siehe ausführlich Wolfgang Engler, Die Grenzen der Öffentlichkeit - Ortsverluste und Ortswechsel des Politischen, zit. S.15 In: W. Engler, B. Guggenberger, Einsprüche. Kritik der politischen Tagesordnung, Berlin 1996.

⁴⁰Werner Schiffauer, Europäische Ängste. In Kaschuba, 1996, a.a. O., S. 54

überwiegt im öffentlichen Reden jene intime Diktion von WGs und Wohnküchen - von der Existenz der exklusiven "Clubs" ganz zu schweigen.

Wie ist das aber nun, wenn man als Osteuropäer im Westen "auf die Beine kommt" (Karl Schlögel)? Was löst die ostberliner Immigration in das Gemeinwesen "Westberlin" konkret aus? Nun, die Handlungsräume sind in der Zwischenzeit zumeist besetzt, das Management agiert nach alten Routinen und kaderpolitischen festen Regularien. Es bleiben allein der lange Weg durch die Institutionen, Nischen -wie gehabt- und Wahlen. Oder man ermutigt sich aufs Neue und probt den Aufstand, das heißt in der Sicht der Etablierten, daß man einen "Kulturkampf" ankündigt (Klaus Hartung). Und vermutlich läuft es auch darauf hinaus, in Konkurrenz zu den Vorgaben und routinierten Verhaltensstandards der Westgesellschaft zu treten. Schließlich geht es wesentlich um aktive Mitbestimmung statt sukzessiver Assimilation, um Selbstbestimmung statt Inkorporation und Eingemeindung, um Verfahrens- und Planungsgerechtigkeit statt gesetzlich formalisierter Bürgerbeteiligung und letztlich auch um eine städtische Kultur der Differenz. Es sind letztendlich diese Ansprüche, die in der Debatte um die Zugangsrechte zum Raum der Stadt aufscheinen. Die Auseinandersetzung spitzt sich ganz besonders zu in der konkreten Frage nach Besitzständen, nach Um- und Neuverteilung von Rechtstiteln und nach der (sozial-ökonomischen) Distinktion von Benutzern, Eigentümern und Besitzern von Stadt.

Auch zeigt sich hier eine eigenartige Diskrepanz zwischen den kollidierenden oder diffundierenden Gesellschaften der Stadt exemplarisch zweierlei Wahrnehmungsroutine: Gilt den Einen die Stadt fraglos als hochvergesellschaftetes soziales Tableau bürgerschaftlich interagierender oder sogar (eine Ostnostalgie: die Runden Tische!) verantwortlich kooperierender Akteure sowie als kollektiver kultureller Besitzstand, so binden die Anderen "bürgerliche" Aneignung von Stadt unmittelbar an die Bauherren- und Eigentümerrolle von individuellen ökonomischen Subjekten. Folgerichtig kommt der "Masterplan" als innerstädtisches Besiedlungsprogramm daher, das gegen kaufmännisches Handeln zum gegenseitigen Vorteil wie im Fall des Potsdamer-Platz-Projektes der Investoren ebenso zielt wie gegen die "implantierte" kollektive Eigentümerschaft in stadteigenen Räumen und Bauwerken. Es gibt in Berlin keinen Begriff von Fairneß als bürgerlicher Primärtugend. Jeder sieht zu, daß er sich zuerst bedient und wer es nicht tut, der gilt als dumm. So wird neuerdings auch der kommunale Besitz an öffentlichem Raum generell als anonym und daher schlecht gewartet denunziert. Die gepflegte bürgerliche Mitte sei allein durch substantiell verantwortliche Vertreter von "Bürgerlichkeit", d.h. durch privatwirtschaftliche Kleineigentümer zu sichern. Vor diesem Hintergrund "quasibürgerlicher" (DHA) Selbstüberhebung geht es daher nicht, wie irrtümlich oder fälschlich verlautbart, um marginale "Partikularinteressen" (P. Strieder) mit der etwa Ostmieter ihren Besitzstand Wohnung vor Störung des Umfeldes verteidigen, sondern um ein Aufeinandertreffen grundsätzlich verschiedener Paradigmen der Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert. Gestritten wird letztlich um den Fortbestand von Gemeinbesitz versus flächendeckende Reprivatisierung. Wenn Hans Stimmann argumentiert, man könne schließlich auch in einer kapitalistischen Stadt gut Sozialist sein, rührt er genau an diesen Punkt der problematischen Aufgabe von Restbeständen einer seit 1918 sukzessive und revolutionär sozialisierten Boden- und insbesondere Wohnungswirtschaft dieser Stadt. Was die Diskussion um das "Planwerk" so extrem polarisiert hat, ist exakt die Frage danach, wem die Stadt an ihren exklusivsten Lagen und bedeutungsvollsten Orten gehören soll: Allen und damit keinem Einzelnen - oder - vielen Verschiedenen und damit der Mehrheit nicht länger. Gerade im Osten, aber nicht allein da, trifft die neoliberale Kündigung der Sozialverpflichtung und die Reetablierung des Wohltätigkeitsprinzips des 19. Jahrhundert (Ludovica Scarpa) durch forcierte Eigentumbildung auf entschiedene Gegnerschaft. Dies hat zweierlei Ursachen: Eine negative im wechselseitigen

"Sozialneid" zwischen Ost und West, der sich darin äußert, daß man im Westen vermutet, die Ostler wollten im Hinblick auf die historische Mitte nur ihr "Erstgeborenenrecht" (Hoffmann-Axthelm) verteidigen und seien folgerichtig fremdenfeindlich. "Sozialneid" äußert sich hier im unverhohlenen Ekel über die Art, wie der Osten dieses historisch bedeutende Siedlungsgebiet noch immer kulturell (und nebenbei auch lokalpolitisch) dominiert. Auf der anderen Seite begründet sich uneingestandener "Sozialneid" auf der unabweislichen Gewißheit, selbst nicht mitbieten zu können beim Verkauf des öffentlichen Bodens und auch sonst nicht bedarfsgerecht versorgt (stetig steigendes Preisniveau in Mieten, Handel, Kultur und ÖPNV) zu sein. Eine zweite, positive Ursache der strikten Gegnerschaft zum Planwerk rührt aus der anderen Sozialisation im Osten. Nicht allein, daß man bei der Umverteilung nicht mitbieten *kann*, man *will* dies oft auch unter keinen Umständen. Freiheit von Besitz gilt hier insofern als hohes Gut, solange es eben nicht automatisch Armut bedeutet. Es wäre daher ausgesprochen reizvoll, wenn man gerade in Berlins Innenstadt weiter auch privatbesitzfreie öffentliche Räume sichern würde. Sie würden dann auf Jahr und Tag mit den anderen, den privatisierten Plätzen, auf denen um das goldene Kalb getanz wird, in den Wettbewerb um die kulturell und politisch bessere Stadt treten können. Man setze ganz einfach das weiträumige Ostberliner Zentrumsband pfleglich in seinen vorhandenen Wert und entwickle es alternierend zum Potsdamer Platz und die neue Friedrichstadt als öffentliches Eigentum und warte ab, was sich hier wie dort an Leben entwickelt. Das scheint weniger riskant, als der äußerst fragile Traum von der sozialen Heilkraft der Parzelle.